

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes Christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 7.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln, den 13. Februar 1914.

Inserationspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Bendorfwall 9. Telefonruf B. 1546. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

15. Jahrg.

Versetzte Kritiken.

Für jeden objektiven Beurteiler unserer Arbeiterversicherungs- und Arbeiterschutzesetzgebung ist es nicht zweifelhaft, daß nicht nur der deutsche Arbeiter, — dieser allerdings in erster Linie —, von dieser Gesetzgebung großen Nutzen hat. Es sei hier nur an die Verringerung der Armenlasten, an die Hebung der Steuerkraft erinnert, die Staat und Gemeinden nützlich ist. Ohne die Vorteile der sozialen Gesetzgebung würde sicherlich auch die deutsche Auswanderung, die 1882 ihren höchsten Stand erreichte, weiter in ähnlicher Weise, wie bis dahin, angehalten haben. Ein großer Teil der Auswanderer rekrutiert sich aus Arbeiterkreisen. Der Industrie wie auch der Landwirtschaft konnte und kann es nicht angenehm sein, wenn die heimischen Arbeitskräfte dem deutschen Arbeitsmarkt den Rücken kehren. Angebot und Nachfrage. Der wirtschaftliche Grundsat, daß ein geringeres Angebot von Arbeitskräften eine steigende Nachfrage nach solchen und dadurch preissteigernd, — gleich lohnsteigernd — wirkt, kommt hier sicher zur Anwendung. Das will heißen: das Fehlen oder auch der Stillstand der sozialen Gesetzgebung, mangelnde Versicherung, unzureichender Schutz, würden ein Anreiz für die Auswanderung gewesen sein. Wenn die arbeitende Bevölkerung nach Eröffnung unserer sozialen Gesetzgebung mehr als in den vorhergehenden Jahren im Lande geblieben ist, so ist das zu einem Teile der staatlichen Hilfe zuzuschreiben.

Die starke Vermehrung und das Inlandbleiben der Arbeitskräfte ist ein günstiger Umstand für das Unternehmertum gewesen. Das vermehrte Arbeiterangebot hat hemmend- und ausgleichend auf mancherlei Anforderungen der letzten Jahrzehnte eingewirkt. Das große Arbeiterangebot hat aber auch den Wettbewerb unter den Arbeitern selber begünstigt. Sowohl was Menge wie Güte der Arbeitsleistung betrifft, ist die große Konkurrenz stets ein Ansporn. Aus den Arbeitermassen haben sich Qualitäts- und Spezialarbeiter herausentwickelt. Diese haben erst die Möglichkeit geschaffen, deutsche Qualitätsware herzustellen, die heute auf dem Weltmarkte oben an ist. Wenn heute auf dem Weltmarkte der deutsche Handel in stetiger Auswärtsentwicklung begriffen ist, so haben die deutschen Arbeiter und Angestellten, kaufmännische und technische, Kopf- und Handarbeiter, ein gut Teil Verdienst daran. Mit einer entrechteten, ungeschützten und ungesicherten Arbeiterschaft lassen sich derartige Konkurrenzkämpfe mit dem exportierenden Ausland auf die Dauer nicht durchsetzen. Nur eine strebsame — Streben ist nur dort, wo auch praktische Erfolge winken — Arbeiterschaft bietet den Boden für steigende Verbesserung deutschen Gewerbetreibenden, deutscher Technik und Berechnung.

Es soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß es die breiten Arbeitermassen sind, — Land- und Industriearbeiter — die das Material für den Heeresbedarf und die Landesverteidigung liefern. Diese Massen sind es also, die die deutschen Milliardenwerte — die zumeist nicht in den Händen der breiten Masse sind — im Ernstfalle zu schätzen haben. Wenn, infolge des staatlichen Schutzes, die Arbeiter im Lande bleiben, so nahmen sie damit auch die Last der Heeresdienstpflicht auf sich. Die gestiegene Volkszahl hat auch hauptsächlich die Möglichkeit, die wiederholten Verstärkungen und Vermehrungen der Truppen vorzunehmen. Im großen und ganzen hat auch die breite Masse des Volkes die finanziellen Lasten der Wehrmacht des Reiches getragen, da die Haupteinnahmequelle von den Volksertragskräften gebildet wird. Daß die verbesserte Lage der breiten Volksmassen deren Kaufkraft hebt, also zur Steigerung des Inlandabzuges beiträgt, daß sich eine kräftige Mittelschicht zwischen Kapitalismus und Proletariat eingeschoben hat, die zur Verminderung der sozialen Reibungsflächen beigetragen hat, ist ebenfalls eine günstige Begleitererscheinung, die auch von anderen Stellen schon des öfteren betont wurde.

Betrachtet man daher die verschiedenen Zusammenhänge der wirtschaftlichen Entwicklung, die Wirkungen der sozialen Gesetzgebung usw., so muß man die Klagen mancher Kreise, daß zu viel Sozialpolitik getrieben worden sei, daß jetzt Stillstand eintreten müsse, als durchaus unberechtigt ablehnen. Immer wieder kann man hören und lesen in gewissen Unternehmerrreisen und der ihr dienenden Presse, daß die finanzielle Belastung der Unternehmer durch die sozialen Gesetze das zulässige Maß überschritten habe.

Ist diese Behauptung, denn es ist eben nur eine solche, an sich nicht richtig, so wird dazu in jenen Kreisen ganz übersehen, daß jene Klagen nur dazu angetan sind, den ausländischen Unternehmern Stoff zu liefern, ausländische Reformbestrebungen auf sozialem Gebiete zu verhindern. Wenn es wirklich richtig wäre, daß „unsere Sozialgesetzgebung der Ruin des deutschen Wirtschaftslebens“ sei, wie schon gesagt worden ist, dann hat das Ausland ja allen Grund, von Versuchen auf diesem Gebiete und Nachahmung der deutschen Sozialpolitik abzusehen. Mit Recht erkennen wir an, daß es für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Produktion von Vorteil wäre, wenn in den industriellen Konkurrenzländern das Unternehmertum eine ähnliche Soziallast zu tragen hätte, wie bei uns. Mit absprechenden Äußerungen, die dazu noch unbeeinträchtigt sind, wird man aber das Ausland nicht aneifern, im Gegenteil. Der deutsche Unternehmer hätte also allen Anlaß, seine Kritik der sozialen Gesetze nicht zu übertreiben. Es zeigt dadurch nur, daß er zwar gut rechnen kann im Kleinen, daß ihm aber alles zum Diplomaten abgeht, wie Stegerwald vor einigen Tagen richtig bemerkt hat.

Auf der anderen Seite aber ist auch die negative Kritik des radikalen Sozialismus ebenso ein Hemmnis für sozialpolitische Propaganda im Ausland. Wenn dem ausländischen Arbeiter immer und immer wieder die radikale Kritik der deutschen Sozialdemokratie vorgehalten wird, daß unsere Gesetze nur jämmerliches Elendwerk seien, dann muß er ja jede Lust verlieren, solche positive Gegenwartsarbeit zu fördern. Man darf fest davon überzeugt sein, hätte man, anstatt in dieser absprechenden Art die deutsche Sozialgesetzgebung zu verlästern, sie dem Auslande mehr zur Nachahmung empfohlen, dann wäre wohl die ausländische soziale Gesetzgebung schon etwas weiter fortgeschritten, sicherlich auch nicht zum Schaden für uns. Deutschland hätte dann eine Erleichterung der sozialen Konkurrenzlast und die Möglichkeit weiteren sozialpolitischen Fortschritts.

Daß jedoch jene radikalen Kritiker von Rechts und von Links zu dieser nüchternen, neutralen Betrachtung der Dinge kommen könnten, wer wagt es, zu hoffen?

Arbeitslosigkeit oder Arbeitermangel?

In der Nummer 6 des Holzarbeiter wiesen wir auf ein Gutachten der Düsseldorfer Handwerkskammer bezüglich der Arbeitslosigkeit hin und gaben eine Eingabe des Innungsausschusses an den Oberbürgermeister bekannt. Weitere Worte glaubten wir dazu nicht verlieren zu brauchen. Eine Notiz in der „Fachzeitung der Tischlermeister und Holzindustriellen“ veranlaßt uns jedoch, noch einmal darauf zurückzukommen. Dazu liegt jetzt umso mehr Veranlassung vor, als das besagte „Gutachten“ einer weiteren Defizitfähigkeit zugänglich gemacht worden ist. Sehr leicht können dadurch falsche Auffassungen in unseren Kollegenkreisen entstehen. Schließlich denkt hier und da ein Kollege: „In Düsseldorf Mangel an Arbeitskräften! Gut, ich reise hin!“

Die „Fachzeitung“ schreibt: „Das Korrespondenzblatt der Düsseldorfer Handwerkskammer bringt einen Aufsatz über die Arbeitslosenversicherung, in dem die umfassenden Erhebungen mitgeteilt werden. Das Ergebnis war: Nicht ein Mangel an Arbeit, sondern ein Mangel an tüchtigen Arbeitern ist im Handwerk vorhanden, wie die genaue Prüfung ergeben hat.“ Dann heißt es weiter, daß der Vorstand einstimmig beschlossen habe, die Bedürfnisfrage für eine Arbeitslosenversicherung aus öffentlichen, oder aus Mitteln der Arbeitgeber abzulehnen. Ferner: Die Geschäftsstelle wurde gleichzeitig beauftragt, zur Beseitigung um Milderung des zurzeit allerdings herrschenden flauen Geschäftsganges — dieser könne nicht weggeleugnet werden und werde es auch nicht — unter dem aber bisher nur die selbständigen Handwerker, weniger die Gesellen und Gehilfen leiden, an die Behörden heranzutreten usw.“ Die hierauf gemachten Eingaben schilderten wir bereits in Nr. 6 des Holzarbeiter.

Die „umfassenden Erhebungen“ wurden in einem Artikel des Dr. Adolf Danik bekannt gegeben. Demnach haben 150 Innungen „übereinstimmend“ geantwortet, daß von einer Arbeitslosigkeit im

Handwerk nicht die Rede sein könne. Dann werden vier Äußerungen von Innungen und Vereinigungen wörtlich wiedergegeben, die obendrein wenig besagen. Ein Innungsausschuß schreibt, daß bei den befragten Mitgliedern von einem Ueberfluß an Arbeitskräften durchaus nicht die Rede sein könne. Ein Handwerksmeisterverein berichtet, daß eine stärkere Entlassung von Gehilfen wie in früheren Jahren nicht stattgefunden habe und daß sich seine Mitglieder geschlossen gegen Einführung einer Arbeitslosenversicherung aussprechen. Eine Maler- und Anstreicherinnung sagt folgendes: „Betreffs Arbeitslose in unserem Gewerbe sind, so viel mir bekannt, die Gehilfen das ganze Jahr beschäftigt gewesen.“ Der selbe „mir“ schreibt dann weiter: „Auch sind die Löhne heute so hoch, daß die Gehilfen, wenn sie wirklich einmal einige Wochen außer Arbeit sein sollten, bei einiger Sparfamelei in der guten Zeit für die schlechten Monate etwas haben können.“ In dem gleichen Sinne sprechen sich auch die anderen aus. Natürlich! Wenn es in der Rundfrage heißt: „In den letzten Wochen hat eine, hauptsächlich von den Gewerkschaften ausgehende Bewegung eingeführt, die die Einführung einer Arbeitslosenversicherung durch die Städte oder sogar von Reichswegen fordert usw.“, dann kann man sich schon denken, wie die „Gutachten“ ausfallen. Wir sind trotzdem und alledem der Ansicht, daß sich die Handwerksmeister doch nicht selbst belügen sollten. Wer jammert denn am meisten über den schlechten Geschäftsgang und über Mangel an Arbeit? Sind's nicht die Handwerksmeister? Es kommt uns ferner wie eine gar grausame Ironie des Schicksals vor, wenn gerade jene Kreise die Bedürfnisfrage für eine Arbeitslosenversicherung ablehnen, allerdings nur für die begehrligen Arbeiter, und dann eine ähnliche Arbeitslosenversicherung für sich beantragen. Wie gewöhnlich, wird die öffentliche Hilfe hierfür vor allen Dingen beansprucht. Also immer ehrlich geblieben! Im vergangenen Jahre gingen in Düsseldorf mehrere immerhin ansehnliche Betriebe ein. Der Monat Januar hat bereits, soweit unser Gewerbe in Frage kommt, drei größeren Betrieben das Lebenslicht ausgeblasen. Warum? Doch nicht etwa wegen „Mangel an tüchtigen Arbeitern.“! Es berührt ja mindestens sehr kurios, wenn einmal „Mangel an Arbeit“ direkt abgelehnt und dann doch ein „flauer“ Geschäftsgang zugestanden wird.

„Mangel an tüchtigen Arbeitern“ werden allerdings manche Betriebe haben. Besonders solche, die da glauben, man könnte die schlechten Zeiten dazu ausnützen, um aus anderer Leute Haut Kleinen zu schneiden. Solche, die glauben, billigere Arbeitskräfte zu erhalten, den Tariflohn drücken zu können, die ferner meinen, die Arbeiter in dieser schlechten Zeit nach allen Regeln der Kunst schikanieren zu können, ihnen Akkordsätze aufzuhalsen, die jeder Beschreibung spotten, weil jetzt „schlechte Zeiten“ sind. „Mangel an tüchtigen Arbeitern“ werden schließlich auch jene Handwerksmeister der Provinz haben, die von der langen Arbeitszeit und den schlechten Löhnen nicht abgehen wollen. Und noch manche andere trotz schlechter oder guter Zeiten. Alle diese müssen eben bedenken, daß die Arbeiter dank ihrer Organisation es nicht notwendig haben, Arbeit um jeden Preis anzunehmen. Schließlich ist auch der Begriff „tüchtiger“ Arbeiter sehr verschieden. Mitunter werden tüchtige Arbeiter verlangt und dann ist eine Schulade zu reparieren oder gar ein Quadratmeter Fußboden auszubessern.

So muß man also die „umfassenden Erhebungen“ als tendenziös und das darauf aufgebaute „Gutachten“ als ein ebensolches bezeichnen. Man nehme doch gefälligst einmal die neueste Nummer des Reichsarbeitsblattes zur Hand und studiere sie, wenn man auf sonst nichts hören will. Allein unsere Düsseldorfer Zahlstelle hatte im Januar 1914 58 arbeitslose Kollegen, von denen 27 noch am 31. Januar keine Arbeit hatten. An Arbeitslosenunterstützung erhielten 28 Kollegen 893,50 M für 414 Tage. Das ist mehr als den einen Monat, als wie sonst für zwölf Monate nötig waren. In Wirklichkeit steht also das Bild anders aus, als es die Handwerkskammer malte. Was die Düsseldorfer Handelskammer kundgab, was eine Theorie, die vor den harten Tatsachen der Wirklichkeit nicht standhalten kann.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 7. Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 14. Februar fällig ist.

Der Jahrestelle Gungburg wird die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Ortsbeitrags von 10 Pfg. erteilt (Gesamt-Wochenbeitrag 60 Pfg.).

Außerordentliche Arbeitslosenunterstützung. Wegen der in manchen Jahrestellen herrschenden großen Arbeitslosigkeit hat der Zentralvorstand beschlossen und mittels Rundschreiben vom 27. Januar den Ortsverwaltungen bereits mitgeteilt, durch eine außerordentliche Maßnahme den bedrängten Mitgliedern außer die Arme zu greifen. Und zwar wird hiermit den Jahrestellen gestattet, denjenigen Mitgliedern, die den höchsten an Arbeitslosenunterstützung entweder erreicht haben oder ihn im Monat Februar erreichen, jedoch noch länger arbeitslos sind, die Arbeitslosenunterstützung ab 1. Februar und längstens bis Ende Februar weiter zu zahlen. Zum Beispiel: Ein Mitglied hat am 25. Januar den letzten Teil seiner ihm zustehenden Arbeitslosenunterstützung bezogen und war dann arbeitslos. Dieses Mitglied ist aber im Februar noch arbeitslos. Es soll ihm dann ab 1. Februar wöchentlich die Arbeitslosenunterstützung wieder weiter gezahlt werden, so, als wenn es noch nicht arbeitslos wäre, jedoch längstens bis zum 28. Februar, also 4 Wochen lang. Ein anderes Beispiel: Ein Mitglied ist am 15. Februar arbeitslos, jedoch noch länger arbeitslos. Es kann dann noch für weitere 14 Tage die Unterstützung beziehen.

Gintragen ist diese Unterstützung im Mitgliedsbuch auf die Seite für „Sonstige Unterstützungen“. In die Spalte „Art der Unterstützung“ ist hinzuzuschreiben „Besondere Arbeitslosenunterstützung“. Dasselbe ist auch auf den Unterstützungsbeleg zu schreiben, damit die Zentrale später die Summen erkennt. Die Kassierer müssen also für diese Unterstützung neue Belege brauchen. Auch bitten wir die Kassierer dringend, wenn sie diese Unterstützung auszahlen, auch die Summe jede Woche per Karte mitzuteilen.

Auf den Monatskarten ist die gesamte, also auch die außerordentliche Unterstützung anzugeben.

Zahlungen für den Monat Januar haben ein (bis 4. Februar): Gungburg, Witten, Jiegenhals, Künster, Hirsch, Hingburg, Augsburg, Geseff, Hindrich-Giesebach, Berge, Wiedenbrück, Coeck, Kammich-Jahng, Schweller, Trullshof, Bonn, Weiden, Dyrpenheim, Langenbrücken, Köln, Kirchhof, Goppingen, Radesheim, Paderborn, Burgsteinfurt, Lirfchen, Brackel, Brackel. — (Die übrigen Jahrestellen wurden ebenfalls um Ueberzahlung der fälligen Zahlungen ersucht.)

Verstorbene Mitglieder: Nr. 53105 Franz Hillebrandt; Nr. 70273 Heinrich Furrer; Nr. 80929 Peter Braun; Nr. 90232 Josef Sander; Nr. 95433 Maria Rogner. Die Bücher sind für ungenügend erklärt.

Berichte aus den Jahrestellen.

Heidelberg. Im verfloffenen Jahre hat unsere Jahrestelle gute Fortschritte gemacht. Ist es uns doch gelungen, dank der regen Agitation, unsere Mitgliederzahl fast auf die doppelte Höhe zu bringen. Auch unsere Kassenverhältnisse haben sich günstig gestaltet. Bei der in der Generalversammlung am 18. Januar erfolgten Erneuerung des Vorstandes wurden mit Ausnahme der Mitglieder die alten Vorstandsmitglieder gewählt. Unser Bezirksleiter Kollege Heß hielt nach der Wahl einen Vortrag über die Entwicklung unserer Verbandes. Sehr erfreulich ist es, daß unser Verband im verfloffenen Jahre trotz ungünstiger Konjunktur eine Mitgliederzunahme verzeichnen kann, während es im gegnerischen Lager umgedreht der Fall ist. Auch bei der allgemeinen Bewegung hielt das zu. Der Besuch der Versammlung war leider kein guter und hätte den Kollegen unserer Jahrestelle empfinden werden, sich am Leben in der Jahrestelle einiger zu betätigen.

Witten. Unsere, am 17. Januar stattgehabte Generalversammlung war von den Kollegen gut besucht. Der Jahresbericht des Vorstands Kollege Riebel. Das Berichtsjahr nahm für unsere Jahrestelle einen ruhigen Verlauf. Der im Jahre 1911 abgeschlossene Tarifvertrag wurde am 1. Januar 1914 neu abgeschlossen. In die Hauptkategorie wurden 1346,60 M. abgezahlt. Unser Mitgliederzahl lag im Laufe des Jahres auf 56; am Jahresende wurden 14 Kollegen. Der Ortsvorstand hat sich um das Doppelte vergrößert. Es haben 12 Mitglieder-Vorstellungen und 2 Bericht-Vorstellungen statt. Differenzen wurden zwei auf friedlichen Wege gelöst. In der neu gewählten Allgemeinen Ortsversammlung haben wir zwei Kollegen im Vorstand und 25 Kollegen als Vertreter. Die Erneuerung des Vorstandes brachte einige Veränderungen: 1. Berichtender Kollege Riebel, 2. Berichtender Kollege Karlmann, Kassierer Kollege Kasper, Schriftführer Kollege Scheffer, Kassierer die Kollegen König und Krieger, Sachverständiger die Kollegen Schmal und Scheffer. Dem Schluß erkrankte der Berichtende die Kollegen, auch in diesem Jahre ist uns kein zum Besuche zu halten, im 1. April vor einer Tarifverhandlung haben; die Kollegen, die auch jetzt und während der Verhandlungen kämpfen, kann manchen wir des Erfolges sicher sein. „Bericht Kollege, Gungburg Heß!“

Gungburg u. d. Gg. Der Mitgliederzahl unserer Jahrestelle war ein Aufstieg und Ende des J. 1913 gleich. Der Besuch der Jahrestelle hat sich infolge der 2. Monatskategorie der Kasse und der herrschenden Arbeitslosigkeit im letzten Berichtsjahr um einige Hundert vermindert. Bei der in der Generalversammlung am 1. Februar stattgehabten Versammlung wurde am Ende des Jahres 1913 ein einstimmig gewählt. Zum Kassierer wurde Kollege Schreiber wiedergewählt. Schriftführer wurde Kollege Birkenfeld. Einige Veränderungen gab es nicht. Kollege Gungburg hat sich nach der Wahl einen langen Vortrag über die wichtigsten Ereignisse der Generalversammlung im verfloffenen

Bonn. Am 25. Januar hielt unsere Jahrestelle ihre diesjährige Generalversammlung ab. Dem Jahresbericht sei folgendes entnommen: Das Jahr 1913 bedeutet einen Markstein in der Geschichte unserer Jahrestelle. Zu Beginn des Jahres trafen wir mit den Jahrestellen Köln, Honnef, Troisdorf-Siegburg in ein Vertragverhältnis, wodurch es möglich war, gemeinsam in Köln einen dritten Kollegen freizustellen, dem in der Hauptsache die Agitation in unserem Gebiete oblag. Im zweiten Halbjahre wurden dann die Jahrestellen Honnef und Troisdorf-Siegburg mit unserer zu einer Verwaltungsstelle verschmolzen. Diese Neuerungen haben sich gut bewährt. Einen guten Schritt vorwärts haben wir in unserer Mitgliederbewegung zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl lag von 210 auf 298, was einen Zuwachs von rund 90 Kollegen bedeutet. Derselbe entfällt in der Hauptsache auf die Stadt Bonn. Auch in Troisdorf war es möglich, einen kleinen Zuwachs zu erzielen, während die Zahl in Honnef um 8 zurückging. Hier werden die Kollegen alles daran setzen müssen, um das Verfallene nachzuholen. Der Mitgliederbeitrag wäre noch bedeutend größer, wenn es möglich gewesen wäre, die zu Beginn des Jahres gewonnenen Häuser (über 30 Mann) dauernd an die Organisation zu fesseln. Nachdem für dieselben eine Reihe von Verbesserungen erreicht worden waren, glaubten sie den Verband nicht mehr notwendig zu haben. Vielleicht ist die Zeit nicht mehr fern, wo auch diese Kollegen das Vorrecht ihres Handelns einsehen werden. An Aufnahmen hatten wir 157 zu verzeichnen, dazu 19 Uebertritte aus dem sozialdemokratischen Verbands. Dieser Fortschritt in der äußeren Entwicklung konnte nur durch eine intensive und ausdauernde Hausagitation erreicht werden. Auch auf dem Gebiete der Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse konnten bedeutende Fortschritte errungen werden. Fünf Tarifverträge konnten erstmalig neu geschlossen und einer erneuert werden. Für die Tapezierer in Bonn, die Korbmacher und Schreiner der Korbmöbelfabrik Hochberg in Troisdorf, die Schreiner in Ling, Erpel und Bonn konnte je ein Tarifvertrag abgeschlossen werden. Dadurch wurden Lohnerhöhungen von 2-8 Pfg. die Stunde und Arbeitszeitverkürzungen von 1-3 Stunden die Woche erzielt. Ebenso wurde der Vertrag mit der Röhrenmöbelfabrik Mandt & Mendel in Lengsdorf erneuert. Für die Kollegen bei der Firma Klais, Orgelbauanstalt in Bonn, konnten 3 Stunden Arbeitszeitverkürzung und 15 Prozent Lohnerhöhung erreicht werden. Sämtliche Bewegungen konnten mit Ausnahme der von Ling, wo erst ein dreiwöchentlicher Kampf notwendig war, auf friedlichem Wege erledigt werden. Auch innerhalb erklärt ist unsere Bewegung. Eine Reihe tüchtiger Vertrauensleute stehen dem Vorstande zur Seite. Diese Zahl immer noch mehr zu vergrößern, muß eine Hauptaufgabe für die Zukunft sein. Bei der Wahl zum Ausschuss der Bonner Tischlerinnungskasse erhielt unsere Organisation drei Vertreter, während den „Genossen“ einer zufiel. Die Versammlungen wiesen während des ganzen Jahres einen guten Besuch auf. — Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die bisherigen bewährten Kollegen mit einigen Ergänzungen alle wiedergewählt. So war das Jahr 1913 für uns ein Jahr der Arbeit, aber auch ein Jahr des Erfolges. Das Jahr 1914 darf in dieser Hinsicht nicht zurückbleiben. 400 Mitglieder! ist unsere Parole. Deshalb mit neuem Eifer alle Mann um die Arbeit!

Billingen. Am 18. Januar hielt unsere Jahrestelle ihre Generalversammlung ab. Diese war zahlreich besucht. Der Vorsitzende, Kollege Albert, gab den Geschäftsbericht vom verfloffenen Jahre. Trotz der Krise, die am Plage herrschte, hat sich unser Mitgliederbestand nicht verringert. Eine Anzahl aus der Lehretzender Kollegen wurden für unseren Verband gewonnen. Für noch manchen unorganisierten Kollegen wäre Platz in unserer Jahrestelle. Wenn die Unorganisierten nur dem Rufe unserer Jahrestelle und der Ermahnung, ihre Staatsinteressen zu vertreten, Folge leisten würden. Aber leider hält auch in Billingen die Vergesslichkeit und Eifersucht manchen Kollegen, der glaubt, dort seine Rolle ausüben zu müssen, von unserer Arbeiterbewegung zurück, um so unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die noch sehr verbesserungsbedürftig sind, zu schädigen. Unseren Kollegen wird nun auch in diesem Jahre wieder die Aufgabe zufallen, die indifferenten Kollegen in ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln und ihnen zu zeigen, daß ohne Zusammenstoß im Verband auch für sie in Billingen keine besseren Tage kommen. — Den Jahresbericht gab unser Kassierer Kollege Wöjler. Kollegen Wöjler wurde für seine gewissenhafte Verwaltung herzlich gedankt. Daß ein gutes Verhältnis zwischen Vorstand und Mitglieder besteht, prägten die Erneuerungen, bei denen die alte Vorstandschaft einstimmig wiedergewählt wurde. Kollege Reitz-Freiburg hielt beim Vortrag über die wirtschaftliche Lage im allgemeinen und über die gegenwärtige Lage der Holzindustrie im besonderen. Er gab auch verschiedene Hinweise und Vorschläge zur Stärkung unserer Jahrestelle. Eine lebhafte Diskussion schloß sich dem Vortrage an. Mit einem Appell an die Mitglieder, treu zur Sache zu halten und unermüdet in der Agitation zu wirken, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Rosenthal-Brannenburg. Langsam, aber stetig vorwärts! Das ist die Einstellung der Rosenthaler Jahrestelle. Wir hatten hier allerdings schon vor acht Jahren eine gleiche Anzahl von Mitgliedern, aber durch die Ungeschicklichkeiten eines einzigen Kollegen ging beinahe alles wieder verloren. Erst seit der Lohnbewegung vor drei Jahren wuchs die Mitgliederzahl und haben wir entsprechend Weise in allen größeren Verhältnissen unsere Kollegen vertreten. Bei der am 18. Februar stattgehabten Generalversammlung wurde ebenfalls bedauert, daß trotz der Ertragsverhältnisse des Berichtsjahres sich noch immer einige ältere Kollegen von der Organisation ohne nennenswerten Grund fernhalten. Gerade in Rosenthal ist ein so starkes Zusammenhalten aller Kollegen dringend notwendig. Die Jahrestelle gewinnt allmählich auch einen Ortsvorstand, der für alle Fälle notwendig ist, was den Mitgliedern von der letzten Bewegung her noch bekannt sein dürfte. Bei der Erneuerung der Vorstandschaft wurden die bisherigen Kollegen Stille, Bialler und Fischer in ihre Funktionen, wozu die weitere glückliche Entwicklung der Jahrestelle geführt erscheint. — Auf einige Vorschläge in dem neuen Brannenburg müssen wir hier noch hinweisen. Dort hat die Firma Steinbeis eine größere Schreinerwerkstatt, die von den „Genossen“ als die Arbeitsmonopol beherrscht wird. Leider haben sich bisher dort nur wenige unserer Kollegen am Leben bewahrt, weshalb die Arbeit auch schon unter sich werden konnten. Im letzten Herbst haben zwei Kollegen bei Steinbeis Arbeit und von da es wurde nach der alten alten Stelle gleich ein Forderstreifen gegen die „Schulden“ veranfaßt. Das konnte nicht lange dauern, denn die „Genossen“ kamen an den Hausarbeiten. Ein Kollege, der sich nicht herausnehmen ist, sagt ihnen glücklich keine Meinung und auch der Werkmeister verliert jede Achtung unserer Mitglieder. Seit der Zeit ist einmütiger Ruhe im Betrieb. Wenn eine glückliche gestanden Punkt im Betrieb frei geschaffen offen und frei belassen, kann das gegenwärtige Verhältnis nur noch besser werden. Mit Verachtung läßt die Firma Steinbeis nach kann arbeiten. Auch in einem anderen Betrieb der Firma verfahren die Arbeiter gegen

Christliche Arbeiter vorzugehen. Dort kam es aus diesem Anlaß zu einer öffentlichen Protestversammlung, die folgende Resolution annahm:

„Die am 25. Januar 1914 im Garnreiterstraße in Brunnmühl tagende Arbeiterversammlung protestiert energisch gegen den berrigig im Steinbeis'schen Betriebe herrschenden Terrorismus der Sozialdemokraten, die den christlich organisierten Arbeitern die Arbeit durch Fegereien, Schimpereien und auch durch direkte Schädigung unmöglich machen wollen. Die Versammlung bittet die Firma, dafür zu sorgen, daß die christlich organisierten Arbeiter im Betriebe unbelästigt ihre Arbeit verrichten können.“

Allmählich dürfte man auch mit dem anmaßenden Verhalten der Steinbeis-Genossen noch fertig werden.

Ein a. N. Ein volles Haus konnte unser Vorstand, Kollege Dichtung bei Eröffnung der Generalversammlung am Samstag den 31. Januar begrüßen. Nach Verlesung des Protokolls erfolgte die Erhaltung der Geschäfts- und Kassenberichts, welcher in diesem Jahre bereits vor der Generalversammlung allen Kollegen durchgereicht zugestellt werden konnte. Ebenso waren zur Orientierung der Kollegen besondere Auszüge aus der Vierteljahrsabrechnung auf den Tischen ausgelegt. Kollege Kasper erläuterte zunächst den Bericht über die Ortsverwaltung und die Mitgliederbewegung. Die Ortsverwaltung hatte im Berichtsjahre wichtige Aufgaben zu lösen. Die zu Anfang des Jahres erfolgte Freistellung eines dritten Kollegen, die Durchführung der großen Frühjahrsbewegung, im Anschluß hieran die Bewegung der Stellmacher und Polsterer, die Ueberlieferung der Verwaltungen in die neuen Räume im Gewerkschaftshaus usw. bedeuten wichtige Momente im abgelaufenen Jahre. Die Ortsverwaltung ist bestrebt gewesen, auf all diesen Gebieten die Interessen der Kollegen wahrzunehmen. Die Verwaltung einer großen Ortsgruppe mit weit ausgedehntem Tätigkeitsgebiet bietet eine Reihe von schwierigen Aufgaben, welche an Vorstand und Vertrauensleute die größten Anforderungen stellen. Die Zahl der Vertrauensleute beträgt 95, wovon rund die Hälfte auf die Bezirke entfällt. Das Berichtsmonat haben im allgemeinen nicht befriedigt. Dies trifft hauptsächlich auf die Sommermonate zu. Hier mögen unsere Kollegen im laufenden Jahre nach Besserung streben. Andererseits muß aber auch berücksichtigt werden, daß die große Ausdehnung des Tätigkeitsgebietes eine gewisse Dezentralisation des Versammlungswezens mit sich bringt, welche die Berichterstattung besonderer Versammlungen in den Bezirken, sowie für die einzelnen Bezirke notwendig macht. Hierzu kommt die große Zahl von Betriebsversammlungen. Insgesamt haben im Laufe des Berichtsjahres stattgefunden: 207 Mitglieder-Versammlungen, 208 Betriebs- und Bezirksversammlungen, 144 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen. Die Versammlungen wurden, soweit nicht rein geschäftliche Angelegenheiten und Lohnbewegungen zur Beratung standen, stets mit Vorträgen belehrenden und allgemein interessierenden Inhaltes ausgefüllt. Die neue Volksversicherung, sowie die Ummalungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung boten dazu reichlich Veranlassung. Die Mitgliederentwicklung hat die Erwartungen, welche allgemein auf Grund der Ergebnisse des Berichtsjahres gehegt worden sind, leider nicht im vollen Umfange erfüllt, es ist am Jahreschlusse sogar ein kleiner Verlust zu verzeichnen. Zwar betrug die Zahl der Aufnahmen 380, die der Zugewandten 200, sowie 60 Uebertritte aus anderen Verbänden, also ein Gesamtzuwachs von rund 640 Mitgliedern. Demgegenüber ist aber ein außergewöhnlich großer Abgang an Mitgliedern zu buchen; sind doch im Berichtsjahre infolge der schlechten Geschäftslage mehr als 500 Kollegen abgetrennt, auch hat der Abgang zum Militär am Jahresende den Mitgliederbestand ungünstig beeinflusst. Das Jahr 1914 wird hauptsächlich der Erschließung neuer Agitationsgebiete in den Bezirken dienen, ebenso sieht der Agitation unter den verschickenen Bezirken noch ein weites Feld offen. Den größten Prozentsatz unserer Mitglieder stellen bis heute noch die Schreiner, Stellmacher und die Polsterer. Eine Hausagitation wurde im Herbst vorgenommen. Gesammelt wurden 121 Adressen und von 10 Kollegen insgesamt 193 Agitationsbesuche gemacht. Der Erfolg bestand in 58 Aufnahmen. Die Hausagitation soll demnach fortgesetzt werden. Die Berufsaktionen der Stellmacher, Polsterer und Tapezierer sind im Berichtsjahre auch nicht unfruchtbar gewesen. Die Lohnbewegung des Frühjahr in beiden Berufen veranlaßte die Kollegen, ihre Mitgliederzahlen zu vergrößern, was besonders auch den Stellmachern im Berichtsjahre gelungen ist. Die gute Geschäftslage in der Automobilindustrie und in den Waggonfabriken haben auf diesen Beruf einen günstigen Einfluß ausgeübt. Für die Polsterer erwacht im kommenden Jahre die Aufgabe, ihre Agitation auch auf die Kleinfabrik auszuweiten. Stärkung der Organisation ist gerade für die Polsterer eine Notwendigkeit, um die vielen in diesem Gewerbe noch bestehenden Rißstände zu beseitigen. Die Jugendabteilung ist im Vergleich zu der Gesamtzahl der Mitglieder noch sehr entwicklungsfähig. Am Jahreschlusse gehörten rund 40 jugendliche Arbeiter derselben an. Die wenigen Kollegen, die sich bisher der schwierigen Aufgabe unterzogen haben, die jungen Leute zu gewinnen, können trotz aller Anerkennungswürdigen Aufopferung für die Sache nicht die Erfolge allein schaffen, wenn sie hierbei nicht gleichzeitig von den Kollegen in den Betrieben unterstützt werden. Unser Arbeitsnachweis konnte im Berichtsjahre wieder auf eine erfolgreiche Tätigkeit zurückzuführen. Derselbe hat sich steigender Inanspruchnahme sowohl bei den Kollegen als auch bei den Arbeitgebern zu erfreuen. Von insgesamt 1166 arbeitsuchenden Kollegen konnte 716 Arbeit vermittelt werden. Gemeldet waren im ganzen 1071 offene Stellen. Zu wünschen bliebe nur, daß die Kollegen in Zukunft bei Uebernahme von Stellen in den Außenorten mehr Entgegenkommen zeigen. Im Uebrigen werden wir auch weiterhin an der bewährten Art unseres Arbeitsnachweises festhalten. — Ueber die im Berichtsjahre geführten Lohnbewegungen gab alsdann Kollege Seiler einen kurzen Ueberblick. Das Jahr 1913 hat den Kollegen in Edin schöne Erfolge gebracht, die durch eine Anzahl von vorteilhaft abgeschlossenen Lohnbewegungen in den Außenbezirken in praktischer Weise ergänzt worden sind. Am Orte selbst wurden die Lohnbewegungen der Schreiner und Stellmacher friedlich beendet, während die Polsterer erst nach längerem Streik zum Abschluß eines Vertrages kamen. Der Streikvertrag brachte den Kollegen eine Lohnerhöhung von 6 Pfg. und im Laufe der Vertragsperiode die 52ständigen Arbeitszeit. Im Anschlusse hieran erfuhr auch die Verhältnisse der Bauarbeiter eine Verbesserung, als auch für diesen Beruf ein neuer Vertrag mit wesentlichen Verbesserungen abgeschlossen worden ist. Auch die Polsterer haben bei dem Vertragsabschlusse günstig abgeschlossen. Das Ergebnis der Verhandlungen bestand in einer Lohnerhöhung von 11 Pfg. und der 52ständigen Arbeitswoche. Die Lohnbewegung in den Wagenfabriken und Karsfeldenerlen brachte für die Kollegen Lohnerhöhungen von 7 bis 14 Pfg. in der Vertragsdauer. Die allgemeine Lohnbewegung beträgt hier 8 Pfg. bei gleichzeitiger Einführung der 52ständigen Arbeitszeit. Außerdem wurde bei dieser Bewegung auch erstmals die Frage der Urlaubsgewährung einer praktischen

Abfung entgegengesetzt. Weitere Lohnbewegungen wurden geführt in der Waggonfabrik Herbrandt & Co., welche den Kollegen als Ergänzung einer bereits früher getroffenen Vereinbarung eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 6 Pfg. brachte. Bei der Waggonfabrik von van der Bypen & Charlier konnte bezüglich der besseren Bezahlung der Kassenhelfer ein Zugeständnis erzielt werden. Weitere Erfolge konnten hier erst dann kommen, wenn die Kollegen durch Stärkung der Organisation die Vorbedingungen dazu schaffen. In der Metallfabrik Pauli konnten durch einen zweijährigen Vertrag ebenfalls eine Reihe von Verbesserungen, Erhöhung der Arbeitslöhne u. a. mit erreicht werden. Jedenfalls hat das Jahr 1913 den Kollegen auf allen Gebieten des Lohn- und Arbeitsverhältnisses wesentliche Verbesserungen gebracht. Das gleiche gilt von den im Aufstiege befindlichen Lohnbewegungen. Auch hier in allen Orten mehr oder weniger große Fortschritte, je nach Lage der Organisationsverhältnisse. Die Schlichtungskommission ist im Berichtsjahre ebenfalls mehrere Male in Tätigkeit getreten. Die eigenartige Auslegung des neuen Vertrages seitens einiger größerer Betriebe gab den Anlaß hierzu. In einem Falle wurden zur Entscheidung der Streikfrage die Vertreter der Zentralvorstände hinzugezogen. An den Krankenkassenwahlen haben sich auch unsere Kollegen in hervorragender Weise beteiligt. Aus unserer Ortsgruppe allein sind in die Vorstände und Ausschüsse der verschiedenen Krankenkassen 23 Kollegen gewählt worden. — Den Kassenbericht erstellte der Kollege Ruttgeid. Die Entwicklung der Kassenverhältnisse hat unter Berücksichtigung der außergewöhnlich hohen Ausgaben für Unterstützungen immerhin noch einen ganz guten Abschluß zu verzeichnen. Die Beitragsleistung ist im Berichtsjahre auf 58783 Mark gestiegen, während das Ortsvermögen auf 13018 Mark gesteigert werden konnte. Die Lohnbewegung des vergangenen Jahres, der Streik der Arbeiter, Arbeitsverhältnisse usw. haben wesentliche Ausgaben verursacht. Der größte Teil der Ausgaben aber entfällt auf die Unterstützungen. Es wurden rund 17000 Mark an Unterstützungen im Berichtsjahre ausgezahlt, davon aus der Ortskasse rund 7000 Mk. In allen Unterstützungsgruppen war ein erhebliches Anwachsen der Ausgaben besonders im 2. Halbjahre zu verzeichnen. Auch der Kassenbericht wurde von den Kollegen mit lebhaftem Interesse entgegengenommen. — Anschließend an die Berichtserstattung wurde zu den Vorstandswahlen geschritten. Da die Vorstandswahl in einer vorgehenden Vertrauensmännerstimmung bereits eingehend beraten war, so vollzogen sich die sämtlichen Wahlen per Akklamation. An Stelle des bisherigen Vorsitzenden Kollegen Döhndung wurde der Kollege Joseph Heim als 1. Vorsitzender gewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt mit Ausnahme des Kollegen Mertens, welcher eine Wiederwahl abgelehnt hatte. An seine Stelle trat Kollege Angermeyer. In gleicher Weise wurden die Wahlen der Revisoren sowie der Kartellvertreter geläufig. — Nach der Vorstandswahl wurde zur Beratung des Unterstützungsverwehens geschritten. Hierzu hatte die Ortsverwaltung den Kollegen in Form von Drucksachen bereits die nötigen Unterlagen gegeben. Nach kurzer Diskussion wurde der Antrag der Ortsverwaltung auf Erhöhung der Unterstützungsätze bei Arbeitslosigkeit einstimmig angenommen. Die Unterstützungsätze erfahren eine wesentliche Erhöhung. Ferner wurde den Wünschen vieler Kollegen entsprechend, für diejenigen Mitglieder, welche in anderen Kassen bereits 1 Mk. Beitrag entrichtet haben und noch kein Jahr in Köln arbeiten, sowohl bei Arbeitslosigkeit als auch bei Krankheit eine besondere Unterstützung festgesetzt. Ein weiterer Ausbau der Ortsunterstützung soll für später ins Auge gefaßt werden. Nachdem Kollege Janzen, der nach Erstattung des Geschäftsberichtes, zur Leitung der Versammlung bestimmt war, die Kollegen aufgefordert hatte, auch in Zukunft für die Stärkung des Verbandes in Köln einzutreten, wurde die Generalversammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband christlicher Holzarbeiter geschlossen.

Frankfurt am Main. Die Jahreshilfe Frankfurt hielt am 24. Januar ihre Generalversammlung ab, zu der die Kollegen sehr zahlreich erschienen waren. Nach dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Kollegen Rander, war die Tätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahre eine ziemlich rege. Es bleibt nur zu wünschen übrig, daß etwas mehr Kollegen es sich angelegen sein lassen für den Verband zu arbeiten. Die Geschäftslage im Holzgewerbe war während des ganzen Jahres in Frankfurt wie auch in der Umgebung ziemlich schlecht. Wenn es trotzdem gelungen ist die Mitgliederzahl zu steigern, so stellt dies dem kleinen Kreis von mitarbeitenden Kollegen ein gutes Zeugnis aus. Die Befestigung des Lokalsekretariats erfolgte im Juni eine Aenderung, indem der bisherige Lokalbeamte Kollege Reitz als Bezirksleiter nach Freiburg kam, und an seine Stelle Kollege Scheuble aus München getreten ist. — Der Kassenbericht, von Kollege Scheuble erstattet, zeigte, daß im letzten Jahre große Summen an Unterstützungen verausgabt werden mußten. Die Arbeitslosenunterstützung erreichte eine Höhe, die bis jetzt noch nicht zu verzeichnen war. Die Vorstandswahl ergab verschiedene Aenderungen. Zum 1. Vorsitzenden wurde Kollege Georg Hörner, zum 2. Martin Semrau gewählt. Die übrigen Posten in der Verwaltung verteilen sich auf die Kollegen Hesse, Kert, Freyberger, Dietrich, Meyer, Runder, Burkhard, von Paris und Düll. Nach Erledigung der Vorstandswahlen sprach Kollege Scheuble über die letzten Vorkommnisse im Frankfurter Holzgewerbe. Die „Genossen“ hatten uns den Vorwurf gemacht, daß wir uns zur Umgehung des Tarifvertrages mit den Arbeitgebern verbündet hätten. Demgegenüber stellte Kollege Scheuble fest, daß es sich bei dem in den letzten Tagen von Seiten der „Genossen“ injizierten Enttäuschungsrummel überhaupt kaum um vertragliche Angelegenheiten gehandelt hätte, sondern lediglich um die Frage des Arbeitsnachweises. Wenn da die Genossen glauben, daß wir mithelfen würden, „Stimmung zu machen“ damit es ihnen recht bald erwidert wird, „das Wirtschaftsgelände zu beherrschen“ so hatten sie eben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Wir sind in Frankfurt nicht geneigt, die Arbeitsvermittlung ein Monopol der Roten werden zu lassen. Der Vorwurf der Betrugsumgehung weisen wir mit Entschiedenheit zurück. Den Ausführungen unseres Lokalbeamten wurde seitens der anwesenden Kollegen begeistert zugestimmt. Mit dem Wunsche, die Kollegen möchten auch in Zukunft die Versammlungen so zahlreich besuchen und der Aufforderung, in diesem Jahre keine Mühe zu scheuen um unserer Jahreshilfe neue Mitglieder zuzuführen, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

Schäffler-Böttger.

München. Hier wird zur Zeit wieder der historische „Schäffler-Lanz“ aufgeführt. Der Lanz stammt nach geschichtlichen Ueberlieferungen aus dem Jahre 1517. Damals war München von der Pestheuse betroffen und als sich wochenlang kein Mensch auf die Straße gewagt, waren es die Schäfflergesellen, die sich auf der Straße sammelten und durch Tanz, wie allerlei Scherze der Münchener Bevölkerung wieder Mut einflößten. Später wurde das Tanzspiel als Puribrauch wiederholt und im letzten Jahrhundert lehrte es periodisch alle 7 Jahre wieder. Es handelt

sich dabei um 24—28 lebige Schäfflergesellen, die in schmaler hunder Kracht während des Festings auf den Straßen und in Sokalitäten ihren Tanz aufzuführen. Das erste Austrittsgeschehen dem König, der sich sehr lobend über die Hochhaltung des alten Brauches aussprach.

Vom Standpunkt unserer Organisation, besteht kein Anlaß, gegen diesen schönen alten Brauch, der vollkommen freiwilliger Beteiligung unterliegt, anzukämpfen. Der Umstand, daß die Gesellen auch vor ihren Arbeitgebern sich sehen lassen und vor diesen tanzen, kann den organisierten Kollegen nicht den mindesten Schaden tun. Der Brauch besteht nun schon seit hundert Jahren, und soviel man sehen konnte, hat er an den Lohnbewegungen und Arbeitskämpfen nichts geändert. Vom Tanz bleiben die Organisationen und ihre Bestrebungen völlig unberührt. Sicherlich liegt kein sachlicher Grund vor, seitens der Gewerkschaft gegen den Münchener Schäffleranz Sturm zu laufen.

Geradezu lächerlich wirkt deshalb das Verhalten des roten Böttgervorstandes gegenüber dem Schäffleranz. In einem Artikel in Nr. 4 der „Böttgerzeitung“ wird in echt sozialdemokratischer Aufgeblasenheit am Schäffleranz Kritik geübt und in naiver Unwissenheit allerlei dummes Zeug zusammen geschrieben. Vor allem paßt es den Sozi nicht, daß die Schäffler vor dem König tanzen. Der von der Böttgerzeitung deshalb geübte Spott nimmt sich schlecht aus, da man weiß, daß die bayerischen Sozi große Nordpatrioten sind. Erinnert sei hier nur an den berühmten Hofgänger Wittl, der sich schon des Älteren an der Hofkapelle wohl fühlte und nach den neuesten Erklärungen bereit ist, jederzeit zu Hof zu gehen. Das „Glück“, an der Hofkapelle teilzunehmen wurde den Schäfflern noch nicht zu Teil; das überlassen sie den grundhaftesten und republikanischen Obergewissen. Was da in der „Böttgerzeitung“ noch weiter geschrieben, ist mehr wie komisch. Hier eine Probe! „Nun, woher stammen die anderen Tänzer und Harlekine, die bei den Schäffleranz benötigt werden? — Die organisierten Schäffler Münchens lehnen es ab, sich zu solchen entwürdigenden Schaustellungen herzugeben, sich vier Wochen lang in den Straßen Münchens herumzustelen und dem Gespött eines jeden anständigen Menschen auszuliefern oder gar als Betteleer die Bewohner Münchens zu belästigen. Die übrigen Tänzer können nur aus dem christlichen Lager stammen, was schon dafür spricht, daß die Schäffler — der Name dient nur als Anhängsel dem soviel christliche Schäffler gibt es in München nicht, als wie zum Schäffleranz benötigt werden —, von ihrer Herberge, dem kath. Gesellschaftsausschuss, zum Wittelsbacher Palais zogen. Die Christlichen sind ja zu allen Handlungen ihrer Vorgesetzten bereit, und dieser christlicher Schäffleranz wäre aller Wahrscheinlichkeit nach zur Ausführung gekommen, wenn die Christlichen den ehrwürdigen Schäfflermeistern nicht beigesprungen wären.“ Darauf schließt sich die Schlussbemerkung: „vorläufiglicher Firtelanz“ und „in den Orkus mit ihm.“

Wer dieses Zeug zusammengeschrieben hat, dürfte auf dem Monde wohnen, denn von den tatsächlichen Dingen weiß er nichts. Wir wollen hier absehen von dem Widerspruch „die übrigen Schäffler können nur aus dem christl. Lager stammen“, und dann weiter, „soviel christl. Schäffler gibt es in M. nicht.“ — solche Sachen passieren kennnislosen Fanatikern sehr leicht. Es interessiert uns hauptsächlich der Satz, der besagt, daß sich die organisierten Schäffler an dem Schäffleranz nicht beteiligen sollen. Dazu sei hier festgestellt, daß mindestens ein Drittel der Tänzer dem roten Böttgervorstand angehören. Die Schäffler wurden von sämtlichen Ministerien, städtischen Behörden, Kunstvereinigungen, vielen Industriellen, und vielen Korporationen zur Vorführung ihres Tanzes eingeladen. Bei den Tänzen, besonders in den roten Firteln der Stadt, sammeln sich viele tausende Menschen, die nichts weniger als spotten, obwohl es oft meistens Sozi sind. Damit stelle man im Vergleich, die Sprüche, die in der roten „Böttgerzeitung“ verjagt werden. Man will über die Christlichen losziehen, spottet aber nur über sich selbst. An diesem Beispiel können selbst die „Böttgergenossen“ drastisch sehen, wie sie von ihrer Zeitung angejungen werden. — Unsere Sektion der Schäffler hat nur den einen Wunsch, daß die Verbandsmitglieder im ganzen Reich sich mehr um die Gewinnung von Schäfflerkollegen bemühen. Im roten Verband sind, nur Zwangsmitglieder.

Sterbefälle.

- Jacob Kampf, Schreiner, 37 Jahre alt, gestorben zu M.-Slabbach.
- Andreas Köppl, Sägearbeiter 35 Jahre alt, gestorben zu Cham.
- Ernst Rosp, Tischler, 25 Jahre alt, gestorben zu Berlin.
- Josef Zagner, Schreiner, 50 Jahre alt, gestorben zu Sünningfeld.

Ruhe in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Aus dem Sägereverbe. Die meisten Verbandsfunktionäre, die unter den Sägereverarbeitern tätig sind, werden von bitteren Enttäuschungen erzählt können, die sie erlebt haben. Die indifferenten Sägereverarbeiter sind ein besonderer Menschenschlag. Sie fürchten nicht nur den Arbeitgeber, der über sie herrscht, sondern sie haben auch große Angst vor Leuten, die es mit ihnen gut meinen und die ihnen helfen wollen. Das sind vor allem die Gewerkschaftsangehörigen. Ein Dokument für das Gesagte ist nachfolgender Brief eines Sägers aus einem niederbayerischen Ort:

S 4 2 14.

Gehtler Herr Schwarzer!

Mit einer Versammlung am 8. bis. M. ist es nicht, weil den selben Tag in P. Jahrmart ist. Auch am folgenden Sonntag würde ich's nicht für gut halten. Ueberhaupt muß ich Ihnen zu meinem größten Bedauern mitteilen, daß ich nicht mehr zusammenbringe, als wie 4 Mann. Es ist überhaupt nicht wert, mehr herunterzufahren.

Ich verliere kein Wort mehr über die Gewerkschaft, weil sie sagen (die Säger), ich will, daß sie beitreten. Das haben sie auch von unserem Arbeitgeber gesagt, der weiß die ganze Sache schon. Ich würde Sie ersuchen, mir nicht mehr zu schreiben, weil ich für die Sache nichts mehr tue.

Die sollen um 2 Mark arbeiten, die wollen nicht anders. Ich schlage Ihnen einen anderen vor; wenn Sie mir nicht glauben wollen, schreiben Sie an

Schlichtungsvollst G. L.

Dieser Brief ist für den Kenner der Verhältnisse keine Besonderheit; er ist nur aus den vielen Mitteln gleich

oder ähnlicher Art herausgegriffen. Der Briefschreiber war voll und ganz für die Organisation eingenommen, weil die Löhne von 2 bis 2.20 Mk. unzureichend sind. Die Arbeiter haben zwar schon einmal versucht gemeinsam vorzugehen und mehr Lohn zu verlangen, doch als es darauf ankam, standhaft zu sein, blieben nur zwei oder drei bei ihrer Forderung; die übrigen fielen um. Trotz dieser traurigen Erfahrung mit der eigenen Ohnmacht, sind die Arbeiter heute genau wie vor zwei Jahren so ängstlich, um auch nur eine Versammlung abzuhalten. In dieser unmännlichen Furcht gefüllt sich der Verrat, der ja überall dort wo der Verdienst schlecht, am ehesten vorzufinden ist. Der Arbeitgeber braucht noch garnichts zu sagen, er braucht nur von der Absicht der Organisation Kenntnis zu haben; das genügt den Leuten, um jeden Mut zu verlieren. Dieser Sklavengeist steckt heute noch in der Mehrzahl der ländlichen Sägearbeiter und wird am meisten von den organisierten Kollegen beklagt. — Was soll nun in dem Fall geschehen? Selbstverständlich läßt man nicht gleich los, obwohl die Aussichten schlecht geworden sind. Wenn die Besten der Kollegen mullos werden, ist in der Regel mit den übrigen wenig zu erreichen. Es kann nun ein Jahr oder noch länger dauern, bis die Säger allmählich wieder auf die Notwendigkeit der Organisation kommen, vorausgesetzt, daß der Arbeitgeber nicht die Gelegenheit dazu benutz, den Lohn um 10 Pfg. den Tag auszubessern. Geschieht letzteres, so pflegt regelmäßig auf noch längere Zeit die „Zufriedenheit“ einzutreten. Man kann solche Arbeiter wohl bedauern, aber helfen kann man ihnen nicht, solange sie nicht den starken Willen aufweisen, ihr, durch eigene Schuld herbeigeführtes schlechtes Los abzuwickeln.

Volkserziehung der christlichen Gewerkschaften. Vom Monat Februar ab ist der Kollege Karl Fahrenbrach (früher Arbeitersekretär in Frankfurt a. M.) als Bezirkssekretär der Deutschen Volksversicherung A. G. in Köln a. Rh., Lankstraße 70 (Telefon B 3328) stationiert. Kollege Fahrenbrach ist mit der Aufgabe betraut, den Kollegen bei der Einführung unserer gemeinnützigen Volksversicherung behilflich zu sein. Er ist auf Eruchen gerne bereit, kostenlos sowohl aufklärende Vorträge über die Volksversicherung in den Ortsgruppen und Kartellen zu halten, wie auch die praktische Seite der gemeinnützigen Sache: Buchführung, Verrechnung, Antragsausfüllung zc. den Kollegen zu zeigen. Man wende sich dieserhalb direkt an ihn oder an das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften in Köln.

Ein neues rotes Agitationsmärchen. Unter der Ueberschrift „Christliche oder Gelbe“ geht zur Zeit eine Notiz durch die sozialdemokratische Presse, in der behauptet wird, der Direktor der Porzellanfabrik Plantenhammer habe in seinem Betrieb eine Zahlstelle der christlichen Gewerkschaften gegründet. 174 Arbeiter und Arbeiterinnen seien bereits derselben angeschlossen. Anscheinend handelt es sich hier um einen Hereinsall auf einen schlechten Witz eines kleinen Oberpfälzer Blattes, des „Tischenreuther Volksboten“. An der ganzen Geschichte ist kein wahres Wort. In Plantenhammer besteht bis jetzt weder eine Zahlstelle der christlichen Gewerkschaften, noch ist dort überhaupt ein Mitglied der christlichen Gewerkschaften beschäftigt.

Der Grefelder Färberstreik vor Gericht. Als im vorigen Jahre der Zentralverband christlicher Textilarbeiter gezwungen war, wegen des arbeiterfeindlichen Treibens des sozialdem. Textilarbeiterverbandes beim Grefelder Färberstreik seine eigenen Wege zu gehen, da überdies sich die soziald. Presse in Verleumdungen des christlichen Verbandes. Leider waren die Blätter dafür nicht zu fassen, da sie die Bornwürfe in einer juristisch äußerst geschickten Form zum Ausdruck brachten. Endlich fand sich denn doch ein Genosse, der tapfer genug war, Gelegenheit zu einer gerichtlichen Klarstellung der ganzen Sachlage zu bieten. Diese gerichtliche Klarstellung fand am 30. Jan. d. J. vor dem Schöffengericht zu Kempen statt. Kläger waren zwei örtlich führende Kollegen des christlichen Verbandes; Beklagter war der Vorsitzende der Ortsgruppe St. Idnis des roten Verbandes. Die „Genossen“ machten aus dem Prozeß eine große Aktion. Als Verteidiger holten sie sich den soziald. Landtagsabgeordneten Heinemann aus Berlin. Als Zeugen hatten sie u. a. auch den fassam bekannten Köhling geladen, der heute sozialdemokratischer Beamter in Berlin sein soll. Köhling hatte es jedoch vorgezogen, nicht zu erscheinen. Das Ouergebnis des Prozesses war, daß der Beklagte seine Behauptungen mit dem Anstand des Bedauerns zurücknahm. Wichtigter als das war aber dem christlichen Textilarbeiterverband, daß durch die eidlischen Zeugenaussagen über die Vorgänge beim Grefelder Färberstreik gerichtlich festgestellt wurde:

1. Daß der christliche Textilarbeiterverband niemals hinter dem Rücken seiner streikenden Mitglieder gehandelt, sondern stets alle Maßnahmen mit diesen gemeinsam besprochen und beschlossen hat.
2. Der Brief an den Oberbürgermeister von Grefeld ist erst dann abgeschickt worden, als die Färber im Sinne des Briefes beschlossen hatten. Die gegenteiligen Aussagen der Sozialdemokraten haben sich als unwahr erwiesen.
3. Der christliche Textilarbeiterverband hat im Grefelder Färberstreik kein Doppelspiel getrieben. Er ist mit dem Verbande Deutscher Textilarbeiter so lange gemeinsam vorgegangen, als er es mit seinen gewerkschaftlichen Grundfäden und dem Interesse der Arbeiter meinte vereinbaren zu können. Als der christliche Verband dann allein vorging, hat er das der gegnerischen Organisation offen und klar gesagt und begründet.
4. Es ist zugegebenmäßig festgestellt worden, daß selbst Führer des soziald. Textilarbeiter-Verbandes die Weiterführung des Streiks für verfehlt hielten und sachlich den Standpunkt der christlichen Färber teilten. Aber sie glaubten gegen die Stimmung der Färber nicht angehen zu können.
5. Es ist zugegebenmäßig festgestellt, daß im Ruhrpott, in Ostdeutschland und der Schweiz von Mitgliedern des „freien“ Textilarbeiter-Verbandes Streikarbeit gemacht worden ist.

Der ganze Verlauf des Prozesses bedeutet für den christlichen Textilarbeiter-Verband und seine Tathil eine vollständige Rechtfertigung.

Soziale Rundschau.

Die rote Streikpolizei. Im gelobten Schweizerlande wo die Freiheit hoch in Kurs stehen soll, stellt die Sozialdemokratie in der Stadt Basel den Oberbefehlshaber der Polizei. Natürlich muß dieser, sein Name ist Dr. Blocher, nicht nur bei Arbeitskämpfen die Streikenden, sondern auch die Streikbrecher schützen. Die ihm untergebene Polizei führt den Schutz der Arbeitswilligen in einer so exakten Weise durch, das es jüngst nicht einmal Streikende möglich war, herangezogene Streikbrecher über die Verhältnisse aufzuklären. Die Sache führte zu einer Interpellation im baselstädtischen Parlament. Genosse Dr. Blocher hielt es nun aber nicht mit den Sozialdem. Genossen sondern verteidigte die Haltung der Polizei. Schließlich bekam er durch die bürgerliche Mehrheit gar ein Vertrauensvotum gegen die Stimme der sozialdemokratischen Parteigenossen. Der Vormarsch (5. Februar) bemerkt zu dem Vorgang: „Der Skandal hat internationale Bedeutung und die Partei in Basel muß ihm bei den in diesem Frühjahr stattfindenden Neuwahlen ein Ende machen, wenn nicht früher schon. Die heiligsten Interessen der Arbeiterschaft dürfen nicht einem Ministerstuhl geopfert werden.“

Unfallverhütungs-Kurse. Im Interesse der Unfallverhütung werden von der Zentralkasse für Gewerbe und Handel in Stuttgart im Februar und März d. J. Abendkurse zur Unterweisung von Holzarbeitern in der Behandlung der gebräuchlichsten Holzbearbeitungsmaschinen im Landsgewerbe-Museum in Stuttgart veranstaltet. Der Unterricht in diesen Kursen findet in den Abendstunden (von 7-9 1/2 Uhr) der Werkstage, Samstage ausgenommen, statt. Ein Unterrichtsgebid wird nicht erhoben. In den Kursen werden solche Holzarbeiter zugelassen, welche innerhalb Württembergs in Werkstätten der Holzindustrie nicht nur vorübergehend beschäftigt sind.

Ursachen der wirtschaftlichen Not. Man schreibt uns: Kürzlich wurde im „Holzarbeiter“ das Elend geschildert, das die Arbeitslosigkeit im Gefolge hat. Leider wird dieses Elend noch vergrößert, durch drei weitverbreitete Uebel, die allenthalben anzutreffen sind: die Trunksucht, die Genuß- und Verschwendungssucht und die Vereinskassiererei. In vielen Familien herrscht bittere Not, weil der Vater soviel vertrinkt, das die ganze Familie darunter leidet. Schaut man in den Anzeigenteil einer Mittel- oder Großstadtzeitung, da wimmelt es manchmal nur so von Tanzbelustigungen, Kinematographen, Volkssängerkonzerten, Ausflügen, Vergnügungsfahrten, Balls- und Gartenfesten. Alles das bezieht zum größten Teil das arbeitende Volk. In guten Zeiten tut man, als ob das „viele“ Geld gar nicht zuzubringen wäre. Kommt dann der Winter und gar ein solcher, wie der letzte, dann hat man nichts, weil man im Sommer glaubte, überall bei jedem Vergnügen dabei sein zu müssen. Man ist ferner in allen möglichen Klubb- und Vereinen und Klubs. Überall wird man auf leichte Art sein Geld los. Fragt man aber, was denn der Verein oder Klub für die Arbeiterschaft tut, ob er seinen Mitgliedern eine Lohnerhöhung oder Arbeitsverkürzung bringt, ob er seine Mitglieder in Fällen der Arbeitslosigkeit, Krankheit, bei Streikigkeiten aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis, auf der Reise, bei Unzug, bei Sterbefällen u. unterstützt, so verneint man ein vielfaches Schweigen. Diese Lasten werden aber gewiß von keinem Bemittelten bestritten werden können. Es kann deshalb nie genug gesagt werden: Arbeiter, seid mäßig, seid sparsam, bleibt allen Vereinnamungen fern, die eure Berufsinteressen nicht fördern und schließt euch alle ohne Ausnahme den christlichen Gewerkschaften an. In den verwickeltesten Fällen wird uns die Hilfe der christlichen Gewerkschaften zu teil. Mögen alle jungen Handwerker dieses beherzigen und des Sprüchels eingedenk sein: „Spare in der Zeit, so hast du in der Not!“ Ein harter Wille zu persönlicher Selbsthilfe wird im Verein mit der organisierten Selbsthilfe in anderen Gewerkschaften noch immer das beste Mittel sein, das uns die Not in schlechten Zeiten nicht allzu sehr zusetzt. — J. B.

Evangelisch-soziale Schule in Ditzel. In der Zeit vom 14. bis 18. August findet ein zweiter sozialdemokratischer Kursus statt. U. a. werden Vorträge gehalten über die deutsche Sozialpolitik, die Arbeitspsychologie (Dehrens), die Wohnungsnote (Gasthe), Wohnungs- und Bodenreform (Damaschke), die Volkserziehung (Scheidtman Dr. Hofe).

Der Reichsverband deutscher Konsumvereine E. B. Mühlheim-Niedr. kann auf gute Erfolge im Jahre 1913 prahlen.

schauen. Die Propagierung der neutralen Genossenschaftsgedanken findet in weiten Kreisen Wiederhall und so wird die Zahl der Vereine immer größer, welche sich diesem Verbande anschließen. Durch einen Beschluß des Genossenschaftstages in Duisburg hat obiger Verband seinen früheren Namen: „Verband westdeutscher Konsumvereine“ in „Reichsverband deutscher Konsumvereine“ umgeändert. Zu gleicher Zeit hat er sein Tätigkeitsfeld auf ganz Deutschland ausgedehnt. Dadurch ist es jetzt allen Konsumvereinen in Deutschland möglich, sich dem Reichsverbande anzuschließen. Damit hat derselbe für seine Tätigkeit einen weiteren Resonanzboden geschaffen, was für seine zukünftige Entwicklung von größter Bedeutung sein wird. Trotzdem, daß die Eintragung dieser Veränderung erst Ende 1913 erfolgte, gehören jetzt schon eine Anzahl Vereine außerhalb Rheinlands und Westfalens dem Verbande an. Nach den vorläufigen Zusammenstellungen hat sich der Verband wie folgt entwickelt: Die Zahl der Vereine betrug am 1. Januar 1913 127, dagegen am 31. Dezember 189. Die Zahl der diesen Vereinen angehörenden Mitglieder stieg im selben Zeitraum von 97 606 auf 142 335, also eine Steigerung von 45,9 Prozent. Der Umsatz der Verbandsvereine betrug im Jahre 1912, ausgenommen der Groß-Einkaufs-Zentrale, 31 627 151 Mk., dagegen erreichte derselbe 1913 die Höhe von 44 219 118 Mk. Die Groß-Einkaufs-Zentrale steigerte ihren Umsatz von 4 812 684 Mark im Jahre 1912 auf rund 9 1/2 Million Mk. im Jahre 1913. Der Gesamtwarenumsatz im Reichsverbande wird also rund 54 Million Mk. erreichen. Diese Zahlen beweisen also ein gesundes Fortschreiten. Ende des Jahres 1913 wurde in Saarbrücken ein Sekretariat des Verbandes und ein Lager der Groß-Einkaufs-Zentrale errichtet. Das Sekretariat soll später nach Süddeutschland verlegt werden.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe. Bei Gelegenheit einer Debatte über das Reichsvereinsgesetz im Reichstage, brachte der soziald. Abgeordnete Legien (Mitglied des soziald. Holzarbeiterverbandes) zur Sprache, wie sich die Mäntel Holzgewerbeverwaltung an den Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe gewandt habe. Dieser sollte der Polizei Auskunft geben über den politischen Charakter des soziald. Holzarbeiterverbandes. In der Antwort des Schutzverbandes soll es heißen, der politische Charakter des „freien“ Holzarbeiterverbandes ergebe sich aus der Tatsache, daß ihm eine Anzahl sozialdemokratischer Reichstagsabgeordnete als Mitglieder angehörten. Die Antwort glossierte Legien im Reichstage mit den Worten: „Ich kann es ja verstehen, daß dieser Unternehmerverband ein bißchen neidisch ist, daß er nicht so viel geistige Kräfte produziert, ein Reichstagsmandat zu bekommen.“ — Bekanntlich gehört gar nicht viel Zeug dazu, um sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter zu werden. Und nun kommt der biffige Legien her und erklärt, daß im Arbeitgeber-Schutzverband nicht einmal so viel geistige Kräfte produziert würden, daß die Erlangung eines Reichstagsmandats möglich sei. Das von dieser Seite zu hören, mag für manche Leute im Schutzverband, die mit Legiens Verbandsbrüdern in inniger Freundschaft Kompagniegeschäfte machen, recht bitter sein.

Soziale Rechtfprechung.

Wer ist invalide? Invalidität liegt nach dem Gesetze vor, wenn der Versicherte weniger als ein Drittel erwerbsfähig ist. Die Dinge haben sich nun so entwickelt, daß ein Laie bei Lebzeiten des Versicherten es kaum wagen darf, eine Invalidität im Sinne des Gesetzes festzustellen. Aber auch bei Praktikern und bei Behörden, die auf diesem Gebiete Erfahrung besitzen sollten, scheint manchmal erst der Tod die Grenze zwischen der Zwei-Drittel-Erwerbsunfähigkeit und der Invalidität zu setzen. Dafür ein Beispiel: Der Arbeiter L. aus Braunsberg hatte 21 Karten geliebt. Am 23. November 1912 wurde der Mann krank. Er stellte den Antrag auf Invalidenrente. Nach Untersuchung durch Dr. F. am 27. März 1913, die Höchst- und niedrige Beschwerden ergab,

wurde der Mann vom 24. April bis 26. Juli im Elisabethkrankenhaus in Königsberg in Heilbehandlung genommen. Der dortige Kranke dort behandelnde Arzt, Herr Dr. St., glaubte in seinem Gutachten vom 1. August nur noch leichte Magentarrax feststellen zu können. Die zahlreichen anderen Klagen wären als Ausdruck einer mäßigen Neurasthenie anzusehen. Der Herr Professor nahm 50% Erwerbsfähigkeit an. Der Kreisarzt von Braunsberg schloß sich diesem Gutachten am 20. August an. Auf Grund dieser beiden Gutachten wurde L. am 29. August von der Landesversicherungsanstalt mit seinem Rentenanspruche und auf seine Verufung an das Oberversicherungsamt auch von diesem am 21. Oktober abgewiesen. Einige Tage nach Entlassung aus dem Krankenhaus war L. trotz der angeblichen 50% Erwerbsfähigkeit gezwungen, sich ins Bett zu legen, um überhaupt nicht mehr aufzustehen. Einer Aufforderung, noch einmal nach Königsberg zur Untersuchung zu kommen, leistete er aus dem einfachen Grunde nicht Folge, weil er alle nicht mehr stehen, viel weniger reisen konnte. Seine einzige Hoffnung war der Tod. Im Interesse seiner Familie — Frau und sechs Kinder unter 15 Jahren — und in Anbetracht der wirklich klar ersichtlichen, vollständigen Arbeitsunfähigkeit des L., wurde Dr. W. um Untersuchung und ärztliches Attest gebeten, zwecks Stellung eines erneuten Antrages. Aus dem am 6. Januar 1914 ausgestellten Attest einige Stichproben: „Magentrebs“ — „seit ca. 1. Okt. 1913 dauernd 100% erwerbsunfähig“ — „Verfahren beschleunigen, sonst erlitt L. das Ende desselben nicht mehr.“ Das Letztere trat bald ein. Am 26. Januar d. J. starb L., ehe eine Verhandlung stattfand.

Das Verhalten der in Frage kommenden Behörden und Personen kann nicht als im Sinne der sozialen Gesetzgebung liegend angesehen werden. Es ist schwer zu glauben, daß L. nicht invalide wahr. Eine amtliche Bescheinigung der Braunsberger Gemeindebehörde, ausgestellt zum Umtausch der Quittungskarte bezw. Anrechnung der Krankheitszeit als Beitragszeit stellt fest, daß der Versicherte vom 23. November 1912 bis 28. November 1913 krank und arbeitsunfähig gewesen ist. Der Unterschied zwischen Arbeitsunfähigkeit im Sinne der Krankenversicherung und Invalidität läßt sich in diesem Falle wirklich nicht verwerten. Wenn die in diesem Fall beliebige Praxis schon oft geübt worden ist, dann wird es der Versicherungsanstalt Ostpreußen möglich sein, einen erheblichen Beitrag zu dem in gewissen Kreisen beliebten Thema „Simulantentum und Rentenerschleichung der Arbeiter“ zu liefern, und mit mit einer hohen Zahl ärztlich bescheinigter „Simulanten“ aufwarten können. An die Versicherten wirkt diese Art und Weise der Handhabung der sozialen Gesetze erbitternd und macht sie mißtrauisch, denn je, besonders gegen die Heilbehandlung. Es ist nicht Unkenntnis des Zweckes der Heilbehandlung (die nach dem Willen des Gesetzgebers eine Wohlthat für die Arbeiter sein soll), wenn viele Versicherte diese als alles andere, nur nicht als Wohlthat empfinden. Wir müssen verlangen, daß die sozialen Gesetze so gehandhabt werden, daß nicht ein Arbeiter, der Jahrzehnte lang Beiträge gezahlt hat und dann wirklich krank und erwerbsunfähig wird, lediglich durch Armut amosen vor dem Verhungern geschützt wird. Etwas mehr humanes Empfinden gegenüber halbtoten, kranken Arbeitern ist sehr am Platze, auch in dem oft als rückständig verachteten Ostpreußen, wenn den Worten des Professor Dr. Hertner die Berechtigung entzogen werden soll, die lauten: „Im deutschen Osten erinnern noch manche Sitten und Gebräuche lebhaft an die Zeiten, in denen das Landvolk noch unfrei und frondpflichtig war.“

Adressenveränderungen.

- Dülken. V. Lambert Peters, Ostgraben 32.
- Frankenthal. V. Eberhard Franz jun., Karl Theodorstraße 9
- Gaggenau. V. Karl Koch, Silberstraße 39.
- Hilbstraße 34. L. Gasthof zum Bahnhof, Silberstraße 95.
- Holzgerlingen. V. R. Wilhelm Deder, im Schloß.
- Kaufmann. V. Franz Xaver Häbel; R. Jos. Janser, Ludwigstr. 30
- M. Gladbach. V. Anton Thelen, Lindenstraße 41. R. Wilhelm Mehl, Feldstraße 1.
- Regensburg. V. G. Refjger, Stadthaus 5. Regensburg. Nr. 64
- Schwelm. V. Lorenz Sportmann, Ostenstraße 93.
- Steinbach (Württemberg). V. Christian Wolper, Raschmearbeiter Steinbach, Post Hofhausen. R. Johann Durr, Schreiner Steinbach.
- Wittau. V. Felix Reichner, Wilhelmstraße 235.
- Windsch-Görsbach. V. Johann Selz, Bahnhofstraße 181.

Die gemeinnützige Volksversicherung

des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften besteht die Versicherung bis zur Höhe von 1500 Mk. ab. 14jährige Beitragszahlung in Höhe von 20 bis 50 Pfennig. Freiwillige Zusatzbeiträge zur Erhöhung der Versicherungssumme. Hier Tarife: a) Sterbeversicherungsleistung mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer. b) Versicherung auf Todes- und Erlebensfall. c) Fälligkeit der Versicherungssumme beim Tode, spätestens beim Ablauf der versicherten Versicherungsdauer. d) Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der versicherten Versicherungsdauer. e) Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der versicherten Versicherungsdauer. f) Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der versicherten Versicherungsdauer. g) Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der versicherten Versicherungsdauer. h) Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der versicherten Versicherungsdauer. i) Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der versicherten Versicherungsdauer. j) Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der versicherten Versicherungsdauer. k) Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der versicherten Versicherungsdauer. l) Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der versicherten Versicherungsdauer. m) Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der versicherten Versicherungsdauer. n) Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der versicherten Versicherungsdauer. o) Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der versicherten Versicherungsdauer. p) Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der versicherten Versicherungsdauer. q) Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der versicherten Versicherungsdauer. r) Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der versicherten Versicherungsdauer. s) Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der versicherten Versicherungsdauer. t) Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der versicherten Versicherungsdauer. u) Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der versicherten Versicherungsdauer. v) Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der versicherten Versicherungsdauer. w) Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der versicherten Versicherungsdauer. x) Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der versicherten Versicherungsdauer. y) Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der versicherten Versicherungsdauer. z) Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der versicherten Versicherungsdauer.

Eingelagte Journale für Nähtische, Schutten und Füllungen.
Auftragsbogen gegen 20 Pf. in Briefmarken.
Kaufmann, Ditzel, Marquardt, Heidelberg, Theaterstraße 7.
Nach Mittelbaden: Ditzel, verzeichnet:
Schreiner
auf bessere eigene Spezialmaschinen für deutsche Arbeit gebaut. Nach reichhaltiger Arbeit wird der Auftrag versendet.
Schreiner Ditzel, Postfach M. O. 720 bei der Expedition des Blattes eingereicht.

Anzeigen der Zahlstellen u. Bezirke.
Verbandsrat Ditzel
Sonnabend, den 22. März, vorm. 10 Uhr findet im Konferenzsaal der christlichen Gewerkschaften, Ditzel, Dagerstraße 25 II Bz., eine Zahlstellenkonferenz statt. Die Einladungen mit Bekanntgabe der Tagesordnung sind bereits hinausgegangen. Es wird erwartet, daß sämtliche Zahlstellen ihre Vertreter entsenden.
Sofort gesucht einige verzeichnete
Schreiner
für dauernde Arbeit nach einem industriellen Landort (Hilbstraße). Näheres durch Kollegen Ditzel, Postfach, Ditzel, Dagerstraße 25, 106.

Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.
TAGES-KURSE FÜR SCHREINER
(44 Std. wöchentl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Buch, Geschäftsbriefwechsel, Wechselkde., Rechnen, Kalkül, Fläch- u. Körperberechn., gewerblich. Gesetze, Stil- u. Formen, Mat., Werkz., Maschinenkunde, Freihandz., Fachzeichnen). Die Kurse bereiten auch auf die MEISTER-PRÜFUNG vor. Meisterstück kann in der Schule angefertigt werden. **ENTRITT und AUSTRITT** jederzeit möglich; die Kurse gestatten beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. **SCHULGELD:** 10 Mark pro Monat, 40 Mark für 4-5 Monate. **AUFNAHME-BEDINGUNGEN:** Vollendung des 17. Lebensjahres und mindestens zweijährige Praxis. **PRÜFKAMM** steht kostenlos zur Verfügung. **ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN** sind zu richten an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf, Charlottenstr. 87. Der Direktor: **ZILLMER.**